

Das Postulat von Frau Grendelmeier «Rechtsextreme Umtriebe in der Schweiz» verlangte über dieses Thema einen Bericht. Nun nehmen Sie – für mich unbegreiflich – als Zusatz ein Postulat an, das verlangt, links- und rechtsextreme sowie religiös motivierte Aktivitäten von Schweizern und Ausländern in der Schweiz seien zu untersuchen und eine Erfassung des politischen Terrorismus sei vorzunehmen. Im folgenden Absatz geht die Aufzählung noch weiter.

Ich meine: Seriös kann man darüber nicht berichten. Das wird ein Sammelsurium von Platitüden geben, wenn Sie nicht bereit sind, sich auf ein Thema zu konzentrieren, nämlich auf das Thema, das in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist und das heute von besonderer Aktualität ist: die rechtsextremen Umtriebe in der Schweiz.

Ich erwarte von Ihnen eine geschichtliche Darstellung, auch psychologische, soziologische und vor allem wirtschaftliche Überlegungen. Das haben andere auch schon gesagt. Wenn Sie dem gerecht werden wollen, dann können Sie nicht gleichzeitig über vier oder fünf verschiedenartige Bewegungen und Erscheinungen der letzten Jahre berichten. Das wäre unseriös, unwissenschaftlich.

Ich erinnere Sie daran: Seit 15 oder 20 Jahren sprechen wir in diesem Saal und draussen regelmässig von Terrorismus. Diese Diskussion hat in den letzten Jahren in unserem Land keinen Fortschritt erzielt, und zwar deswegen nicht, weil wir immer im Allgemeinen steckengeblieben sind. Wir haben uns nicht einmal darum bemüht – mit einer oder zwei Ausnahmen auch heute in dieser Diskussion nicht –, zu unterscheiden zwischen den Formen des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, bei den Basken, in Nordirland oder in Palästina. Daneben gibt es auch eine andere Systematik. Wenn wir das Phänomen nämlich ernst nehmen wollten, dann müssten wir nach den Motiven fragen: Ist der Beweggrund eine persönliche Rache? Eine persönliche Verbitterung? Ist der Terrorismus System? Ist er Staatsterrorismus? Oder ist er individuell? Ist er die Folge einer falschen geschichtlichen Lösung, die einmal getroffen worden ist?

Das sind Fragen, die wir beantworten müssten. Wenn wir darauf eine Antwort bekämen und darüber reden könnten, dann würden uns Bericht und Diskussion weiterführen. Aber wenn wir nur alles über Gott und die Welt zusammenfassen, dann wird es zu gar nichts führen, wird im Unverbindlichen bleiben, etwa so, wie es heute auch geheissen hat: «Les extrêmes se touchent». Dieser Satz kommt seit Jahrzehnten immer wieder und sagt eigentlich nichts aus; auch das Bild vom Pendel – eine Leerformel, ein schönes Bild – sagt nichts aus, hilft uns politisch nicht, führt uns nicht weiter.

Ich bitte Sie, Herr Bundesrat Koller, sich um einen konzentrierten Bericht zu bemühen. Das hätte zur Folge, dass Sie sich auf ein Thema konzentrieren, das Rundumschlag-Postulat ablehnen und uns in dieser Sache eine gründliche Arbeit liefern müssten. Darum bitte ich Sie.

Bundesrat Koller: Ich kann mich kurz fassen, zumal ich jenem Bericht nicht vorgreifen möchte, den wir Ihnen erstatten werden. Dieser wird mit der nötigen Gründlichkeit ausgearbeitet werden und, wie ich schon gesagt habe, alle Formen des Extremismus umfassen. Denn ich verstehe eigentlich nicht, wie man angesichts des grossen Problems, das der Extremismus in allen seinen Formen darstellt, diesen nun zum Gegenstand parteipolitischer – ich muss das harte Wort brauchen – Spiegelfechterei machen will. Extremismus und Gewaltanwendung sind dafür eine zu ernste Angelegenheit.

Wenn auch im Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission der Bundesanwaltschaft Einäugigkeit vorgeworfen worden ist, wäre es doch eindeutig falsch, wenn wir nun in eine neue, in eine andere Einäugigkeit verfallen würden. Es gibt meiner Meinung nach nur eine Möglichkeit, dieses ganze Problem des Extremismus und der Gewaltanwendung in der Politik einheitlich anzugehen, und ich versichere Sie, dass wir das gründlich tun werden.

Im übrigen darf ich all jene, die Befürchtungen geäussert haben, der Bundesrat vertröste wiederum auf spätere Zeiten, darauf aufmerksam machen, dass die von Herrn Kollega Felber und mir unterschriebene Botschaft betreffend Unterzeich-

nung und Ratifikation dieses Uno-Abkommens auf der Basis einer Ergänzung unseres Strafgesetzbuches beim Bundesrat liegt, so dass Sie wirklich damit rechnen können, dass sie Anfang nächsten Jahres in Vernehmlassung geht. Aber erwarten Sie bitte von neuen strafrechtlichen Normen keine Wunder. Mit strafrechtlichen Normen allein sind noch nie gesellschaftspolitische Probleme gelöst worden. Viel entscheidender ist doch, in welchem Geist wir die grossen anstehenden Probleme angehen, die wir tatsächlich zu lösen haben. In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir noch ein Wort zur Asylpolitik.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir uns in bezug auf die Asylpolitik in einer sehr schwierigen Phase befinden. Die Briefe von Verantwortlichen in den Kantonen und aus den Gemeinden mehren sich, in denen sie mir erklären, sie seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und wüssten nicht mehr weiter. Und wie Sie wissen, hat der Bundesrat als wichtigste Massnahme in Aussicht gestellt, dass wir Ihnen demnächst ein neues beschleunigtes Asylverfahren unterbreiten, das uns erlauben muss, diese wichtige Triage zwischen den politischen Flüchtlingen und jenen, die in unserm Land Arbeit und bessere Lebensbedingungen suchen, viel, viel rascher vorzunehmen. Ich habe zu diesem Zweck eine Expertenkommission beauftragt, ein Verfahren auszuarbeiten, bei dem ein rechtskräftiger Entscheid über das Gesuch eines Asylbewerbers spätestens drei bis vier Monate nach seiner Einreise vorliegt.

Da möchte ich Sie, Herr Nationalrat Rechsteiner, nun schon ganz persönlich bitten, dieses neue beschleunigte Asylverfahren nicht schon wieder zu diffamieren, bevor Sie es überhaupt gesehen haben, denn es ist mir wirklich ernst. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass dieses neue beschleunigte Asylverfahren unsere letzte Chance ist, um in Zusammenarbeit mit dem Parlament und nötigenfalls mit dem Volk – wenn das Referendum ergriffen würde – die schwerwiegenden Probleme der Asylpolitik demokratisch zu lösen.

Noch eine abschliessende Bemerkung. Ich glaube, die Geschichte lehrt uns doch eines: Ein Volk hat nur eine Chance, mit dem Extremismus fertig zu werden, wenn alle demokratischen Kräfte dieses Volkes zusammenrücken und sich von Extremismus und Gewalt jeder Form und jeder politischen Observanz klar distanzieren.

Dazu rufe ich Sie auf!

89.678

Postulat Steffen Extreme Umtriebe in der Schweiz Organisations extrémistes en Suisse

Wortlaut des Postulates vom 6. Oktober 1989

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat Grendelmeier 89.533 vom 22. Juni 1989 entgegenzunehmen.

Jener Vorstoss beschäftigt sich sehr einseitig mit der rechtsextremen gewalttätigen Szene und mit neonazistischen Umtrieben.

Nötig wären aber Abklärungen und Auskünfte über links- und rechtsextreme sowie religiös motivierte Aktivitäten von Schweizern und Ausländern in der Schweiz und eine Erfassung des politischen Terrorismus.

Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament einen Bericht über Anwesenheit, Organisation, personelle Zusammensetzung und Aktivitäten von staatsgefährdenden und gewalttätigen Organisationen und Gruppen in der Schweiz zu unterbreiten. Dabei sollen die Verflechtung mit anderen in- und ausländischen politischen und religiösen Gruppierungen wie auch allfällige Verbindungen zu ausländischen diplomatischen Vertretungen zur Darstellung gebracht werden.

Aufgrund der gesammelten Erkenntnisse soll sich der Bundesrat im Bericht zu folgenden Fragen äussern:

1. Genügen die Strafbestimmungen zur Verhinderung staatsgefährdender, gewalttätiger und terroristischer Umtriebe?
2. Wie stellt sich der Bundesrat zur Idee der Veröffentlichung eines periodischen Berichtes über extreme Umtriebe, ähnlich dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht der Bundesrepublik Deutschland?

Texte du postulat du 6 octobre 1989

Le Conseil fédéral est disposé à traiter le postulat Grendelmeier (no 89.533) du 22 juin 1989.

Cette intervention porte seulement sur les actes de violence perpétrés par des groupes d'extrême-droite et sur les organisations néo-nazies. Il serait pourtant aussi utile de disposer de renseignements sur les activités de certains Suisses ou étrangers qui font partie, dans notre pays, de groupements soit religieux, soit d'extrême-droite, soit d'extrême-gauche, et d'avoir une vue d'ensemble sur le terrorisme politique.

Le Conseil fédéral est invité à présenter au Parlement un rapport sur la présence, le fonctionnement, la composition et les activités des organisations et des groupements en Suisse qui se caractérisent par leur violence et destabilisent l'Etat. Ce rapport devrait aussi mettre en lumière les relations qui existent entre ces organisations et d'autres groupements, politiques ou religieux, établis en Suisse ou à l'étranger, et définir les rapports éventuels qu'elles entretiennent avec les représentations diplomatiques étrangères.

Compte tenu de tous ces renseignements, le Conseil fédéral est invité, dans le rapport, à donner son avis sur les questions suivantes:

1. les dispositions pénales actuelles suffisent-elles à contre-carrer les activités des organisations terroristes ou des groupements dont les actes violents destabilisent l'Etat?
2. que pense le Conseil fédéral de l'idée de publier un rapport périodique sur les organisations extrémistes, à l'instar de la RFA, qui publie chaque année un rapport sur la protection de la constitution?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Aubry, Bühler, Cincera, Dünki, Eisenring, Etique, Giger, Hafner Rudolf, Hari, Hess Otto, Loretan, Mauch Rolf, Meier Fritz, Müller-Wiliberg, Neuenschwander, Oester, Philipona, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruf, Schwab, Seiler Hanspeter, Zölch, Zwingli, Zwygart (26)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 22. November 1989

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 22 novembre 1989

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Antrag Leuenberger-Solothurn

Ablehnung des Postulates

Proposition Leuenberger-Soleure

Rejeter le postulat

Steffen: Am 6. Oktober dieses Jahres habe ich ein Postulat mit dem Titel «Extreme Umtriebe in der Schweiz» eingereicht. Es wurde vom Bundesrat gutgeheissen, und er erklärte sich auch bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Auf meine Anregung hin wurde dieses Geschäft auf heute traktandiert, und ich danke Ihnen, dass Sie es auf der Traktandenliste belassen haben. Ich bin übrigens der Meinung, dass ein innerer Zusammenhang besteht sowohl mit der vorhin behandelten dringlichen Interpellation der SP-Fraktion als auch mit bestimmten Feststellungen des Puk-Berichtes zum Thema «Politische Polizei und nur zögerndes Erkennen neuer Gefahren».

Mein Postulat nimmt ausdrücklich Bezug auf jenes von Frau Kollegin Grendelmeier vom 22. Juni 1989, in dem sie den Bun-

desrat ersucht, dem Parlament einen Bericht über die Bekämpfung rechtsradikaler Umtriebe in der Schweiz zu unterbreiten. Das Postulat Grendelmeier wurde von 105 Kolleginnen und Kollegen unseres Rates unterzeichnet, und hätte Frau Grendelmeier die drei Vertreter der Nationalen Aktion um Mitunterzeichnung gebeten, so wäre die Zahl der Mitunterzeichner noch weiter angestiegen. Sie hat es bekanntlich nicht getan. Sie haben die Ausführungen von Herrn Dreher gehört. Eine Erklärung an die Adresse von Frau Grendelmeier: Mich kümmert beispielsweise überhaupt nicht, aus welcher Ecke dieses Parlamentes ein vertretbarer Vorstoss kommt. Wenn er gut ist, unterzeichne ich ihn. Natürlich ist es jedem Postulanten freigestellt, die Mitunterzeichner selber auszuwählen. Von Ihnen, Frau Kollegin Grendelmeier, hätte ich allerdings erwartet, dass Sie die Sache mit der AP-Falschmeldung vom 28. Juni in einem Communiqué richtigstellen würden. Ich jedenfalls hätte an Ihrer Stelle so gehandelt. Denn uns beiden sind schliesslich die Spielregeln dieses Parlaments bekannt.

Zurück zu meinem Postulat: Wie vorhin erwähnt, hätte ich das Postulat Grendelmeier mitunterzeichnet; wobei ich vermutlich mündlich die Bemerkung angebracht hätte, warum sie nur rechtsextreme Umtriebe aufs Korn nehme, es seien meiner Meinung nach auch Abklärungen und Auskünfte über linksextreme und religiös motivierte Aktivitäten und eine Erfassung des politischen Terrors dringend nötig.

Mein Postulat deckt eben diesen ganzen Bereich ab. Ich ersuche den Bundesrat mit meinem Postulat, dem Parlament einen umfassenden Bericht zu unterbreiten, wobei sich der Bundesrat aufgrund einer Beurteilung der Lage zu den Fragen äussern möge, ob die Strafbestimmungen zur Verhinderung staatsgefährdender, gewalttätiger und terroristischer Umtriebe genügten und wie sich der Bundesrat zur Idee der Veröffentlichung eines periodischen Berichtes über extreme Umtriebe, ähnlich dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht der Bundesrepublik Deutschland, stelle. Ich habe übrigens den Verfassungsschutzbericht 1988 vor mir. Herr Braunschweig, das ist nicht irgendeine komische Schrift, sondern sie ist sehr detailliert abgefasst und gibt Auskunft über all die Dinge, über die auch wir Informationen erwarten. Der Bundesrat hat sich bekanntlich bereit erklärt, die drei Postulate Grendelmeier, Reimann und Steffen entgegenzunehmen, selbstverständlich unter dem Vorbehalt, dass die letzteren beiden von Ihnen überwiesen werden. Nach den kritischen Fragen von Frau Kollegin Grendelmeier, die den gemeinsamen Aufwasch ablehnt und vehement bekämpft, legte Herr Bundesrat Koller in der Fragestunde vom letzten Montag seine Ansicht dar. Er möchte einen möglichst umfassenden, vollständigen Bericht. Das müssen wir unterstützen.

Seit der Behandlung des Puk-Berichtes wissen wir, dass die Bundespolizei bereits eine Zusammenfassung ihrer nachrichtendienstlichen Erkenntnisse in Form von Quartalsberichten herausgibt. Empfänger sind der Bundesrat, die kantonalen Polizeikommandos, militärische Stellen und «einige wenige andere Adressaten».

In Erfüllung der überwiesenen Motion 2 der Puk wird der Bundesrat den polizeilichen Generalauftrag definieren und später regelmässig den veränderten Verhältnissen in der Schweiz anzupassen haben – auch jenen der politischen Polizei. Das Aufbauschema der Quartalsberichte enthält die Grobbereiche Linksextremismus, Rechtsextremismus, Anarchismus, Diverses – wie auf jeder Traktandenliste –, Spionageabwehr und Bekämpfung des Terrorismus. Dies dürfte durchaus genügen, wobei die Schwerpunkte durch die Veränderungen der Bedrohungsbilder bestimmt würden, besonders aber auch durch die mehr oder weniger grosse Vielfalt der zu bearbeitenden Teilbereiche.

Sollte der Bundesrat meine Idee der Veröffentlichung eines periodischen Berichtes über extreme Umtriebe aufnehmen, könnte das Informationsbedürfnis der Bevölkerung und der Parlamentarier gestillt werden.

Abschliessend noch ein paar Gedanken zur momentan überall auftauchenden Ueberzeugung – Frau Grendelmeier hat sie am Montag in ihrer Zusatzfrage ebenfalls übernommen –, der Linksextremismus verliere je länger, je mehr an Bedeutung, vor allem auch in unserem Lande.

Darf ich beispielsweise an die Kundgebung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vom Samstag, 12. November 1988, in Winterthur erinnern, als 300 Jugendliche den Polizeikordon durchbrachen und mit Knüppeln gegen Polizeibeamte vorgingen, wobei sie einen Polizisten und eine Polizeibeamtin spitalreif schlugen?

Ich unterlasse es, die Donnerstagdemonstrationen in Zürich aufzuzählen – Herr Dreher hat vorhin einiges aufgezählt –, bei denen übrigens immer wieder auch Menschen zu Schaden kamen.

Nach dem kürzlichen Mordanschlag auf den Bankier Alfred Herrhausen in der Bundesrepublik Deutschland sei ein Blick auf die Terrorszene im nördlichen Nachbarland erlaubt: Vom Verfassungsschutz werden für 1988 12 Brandanschläge, 36 Körperverletzungen und 25 Sachbeschädigungen, also 73 Gewaltakte, dem rechtsextremen Umfeld zugeordnet. Dem deutschen linksextremen Terrorismus werden ein Mordanschlag, 11 Sprengstoffanschläge, 127 Brandanschläge und 58 sonstige Straftaten, darunter auch gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr, also 197 Gewaltakte, angelastet.

Ich hoffe, dass Sie mit mir einig sind, dass jede Verharmlosung der aktuellen Situation im Bereich Extremismus als fahrlässig bezeichnet werden muss. Das erfolgreiche Schlepperunwesen über die grüne Grenze, aber auch eine mögliche Erleichterung des Grenzübertritts im Hinblick auf EG 92 erleichtern ein Ausweichen terroristischer Elemente in die Schweiz. Ich erinnere an den Fall Kröcher-Tiedemann.

Aufgrund dieser Überlegungen und noch vieler weiterer empfehle ich Ihnen, der Absicht des Bundesrates zu folgen und das vorliegende Postulat zu überweisen.

Leuenberger-Solothurn: Ich bedaure, etwas verlängern zu müssen, und ich bedaure gleichzeitig, dass die Regie unseres Parlaments uns nicht auch das Postulat von Herrn Maximilian Reimann zum Entscheid vorgelegt hat; das hätte die Situation ausserordentlich vereinfacht.

Ich will Ihnen gestehen: Ich habe mir das Postulat Reimann angesehen und denke, dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Es ist in der Tat so, dass es offenbar neben dem Rechtsextremismus – was Frau Grendelmeier mit ihrem Postulat untersuchen lassen will – in diesem Land auf der anderen Seite des politischen Spektrums eine Szene gibt, die durchaus auch unter die Lupe genommen werden soll. In der Bekämpfung des Extremismus aber ist Herr Steffen nicht der geeignete Mann: Er ist sozusagen der Bock, der sich selber zum Gärtner machen will, ja, der bereits im Garten ist – der Bundesrat hat die Gartentür offen gelassen, als er bereit war, dieses Postulat entgegenzunehmen.

Ich bitte Sie, nicht einfach vom Satz auszugehen, den Herr Steffen uns unterbreitet hat, dass es darum gehe, auch die linksextreme Szene etwas auszuleuchten. Ich bitte Sie zu lesen, was er tatsächlich geschrieben hat. Vermutlich werden leider recht wenige diesen Text vor sich haben. Herr Steffen spricht dort von einem Bericht über Anwesenheit, Organisation, personelle Zusammensetzung und Aktivitäten dieser staatsgefährdenden und gewalttätigen Organisationen. Er will die Verflechtungen mit anderen in- und ausländischen politischen und religiösen Gruppierungen untersuchen lassen wie auch allfällige Verbindungen zu ausländischen diplomatischen Vertretungen usw.

Wir haben vor kurzem im Parlament – ich glaube, viele von uns waren sich einig – darüber geredet, wir wollten nun einmal damit aufhören, dass die Linke die Rechte und die Rechte die Linke aufschreibt. Dieses Aufschreiben ins Wachscarnet, was Herr Bundesrat Koller teilweise als dilettantisch bezeichnet hat, muss aufhören.

Was Herr Steffen hier aber vorschlägt, ist nichts anderes als die Wiederaufnahme dieser Zählerei, dieser Aufschreiberei, dieser unglückseligen Rapporte, dieser bedauernswerten Beamten, die an irgendeine Veranstaltung gehen müssen und kaum erfassen können, was da geschieht, und irgend etwas aufschreiben, was der Situation nicht gerecht wird.

Was brauchen wir heute? Wir brauchen in Erfüllung des Postulats Grendelmeier und in Erfüllung des Postulats Reimann wissenschaftliche Untersuchungen über politisch-gesellschaft-

liche Phänomene, die uns allen in diesem Parlament zu schaffen machen. Rassismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, das alles bedarf der Ausleuchtung. Ich mag nicht schon wieder nach erlösenden Worten suchen, sonst sagt dann einer: Herr Bundesrat Koller und ich hätten ein Verhältnis zu Betenden und Gott – und das sei fern von uns! Aber es wird nötig sein, dass Herr Bundesrat Koller uns hier dartut, dass er Möglichkeiten sieht, solche wissenschaftliche Untersuchungen über spezielle gesellschaftlich-politische Phänomene anstellen zu lassen – und das nicht den geplagten Beamten unserer politischen Polizei anzuhängen, die ja derzeit wirklich viel zu tun haben und sehr stark ausgelastet sind durch andere Aktivitäten und von denen doch einige in der Beobachtung und Beurteilung der Phänomene, die hier interessieren, eher überfordert sind. Ich glaube, das war vorsichtig ausgedrückt, und ich habe damit keine Beamten, die ja zu Hause Kaninchen und eine Frau und Kinder und ein Fahrrad haben, beleidigt. Das will ich ja wirklich nicht.

Was mir wirklich zuwider, abgrundtief zuwider ist: Kaum eine Woche, nachdem wir gesagt haben, dass aufzuhören ist mit der Aufschreiberei, erteilen wir erneut den Auftrag, dass wieder aufgeschrieben werden muss, gezählt werden muss, festgestellt werden muss, wer anwesend ist, wie sich diese Gruppen personell zusammensetzen. Ich gestehe Ihnen hier offen: Mich interessieren die Vorstandslisten all dieser unglückseligen Organisationen nicht. Das ist nicht ein polizeiliches Problem. Mich interessiert, wie es dazu kommt, dass in unserer Gesellschaft – die wir als offen, demokratisch definiert haben, die rechtsstaatlichen Prinzipien zu gehorchen hat – Menschen sich so an den Rand gedrängt vorkommen, dass sie sich in solchen extremistischen Zirkeln und Gruppen wiederfinden.

Ich weiss, Sie verzeihen mir, man verzeiht sich in diesem Hause manches. Es gibt ja nicht nur einen Extremismus der Linken und der Rechten. Es gibt gelegentlich auch einen Extremismus der Mitte, dieser selbstgefälligen, grau in grau sich nie bewegen wollenden Mitte, die schon Löcher in den Boden getreten hat vom In-der-Mitte-Stehe- und Sich-nicht-Bewegen. Dieses Phänomen wollen wir nicht untersuchen. Man muss in dieses Haus schauen, dann sieht man es.

Wir wollen aber die Phänomene untersuchen lassen, da stehe ich dazu. Wir wollen die Phänomene Rechtsextremismus und Linksextremismus untersuchen lassen. Frau Grendelmeier war so vornehm und nobel und hat umschrieben, was sie meint mit Rechtsextremismus. Beim Linksextremismus sind einige ein bisschen unvorsichtig gewesen und haben da nicht so genau abgegrenzt. Ich bin jedenfalls nicht daran interessiert, ein Organigramm, die Statuten und Programme und Sitzungsprotokolle der PdA zu erhalten. Das interessiert mich schlicht nicht. Mich interessiert aber, ob es gesellschaftliche Voraussetzungen gibt, die beispielsweise junge Menschen so weit an den Rand hinausdrängen, dass sie plötzlich meinen, mit Sprengstoff hantieren zu müssen. Diese Phänomene – nicht die Namen der Menschen, die so weit getrieben werden – interessieren mich.

Ich bitte Sie, Herr Bundesrat, nehmen Sie das Postulat Reimann entgegen. Ich glaube, Sie haben es schon getan. Ich habe da nichts dagegen, obschon wir auch ein bisschen abgrenzen. Aber ich bitte Sie alle, lehnen Sie das Postulat Steffen ab. Das ist ein Aufschreiberpostulat. Das ist nichts anderes als ein Rückfall in diese Zeiten, die wir diese Woche etwas überwinden wollten. Herr Bundesrat Koller soll uns hier erklären, dass er das Schwergewicht bei diesen Untersuchungen auf wissenschaftliche Untersuchungen legen will, nicht auf polizeiliche, das hilft uns nicht weiter. Wir brauchen als politisch Handelnde, sei das in Regierung oder Parlament, Erkenntnisse über diese Phänomene: wie sie entstehen, wann sie entstehen, welches die Bedingungen sind, die etwa mithelfen könnten, sie zu bekämpfen.

Die Ablehnung des Postulats Steffen hier und heute und das Versprechen, das Postulat Reimann dann zu überweisen, wenn es traktandiert ist, sollten der Anfang dazu sein, dass wir sagen: Wir wollen gesellschaftliche Probleme mit politischen Mitteln angehen, nicht mit ungeeigneten polizeilichen Mitteln. Ich bitte Sie eindringlich, das Postulat Steffen abzulehnen. Ich würde sogar Herrn Steffen bitten – wenn wir irgendwie ein per-

sönliches Verhältnis hätten –, sein Postulat zurückzuziehen. Das wäre eine Wohltat für unser Land.

Bundesrat **Koller**: Ich habe meiner Erklärung an sich nichts beizufügen: Der Bundesrat ist bereit, die beiden Postulate von Herrn Steffen und von Herrn Reimann anzunehmen. Es entspricht hingegen nicht unseren politischen Bräuchen, bereits den Inhalt unserer Untersuchungen in Aussicht zu stellen, wenn wir ein Postulat entgegennehmen. Aber, Herr Leuenberger-Solothurn, das dürfen Sie mir zutrauen: Dieser Bericht wird auch einen analytischen Teil enthalten.

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung des Postulates Steffen	50 Stimmen
Dagegen	35 Stimmen

Schluss der Sitzung um 20.10 Uhr
La séance est levée à 20 h 10

Postulat Steffen Extreme Umtriebe in der Schweiz

Postulat Steffen Organisations extrémistes en Suisse

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.678
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1989 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2150-2153
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 070

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.